

Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim

17.01.2011 – Johannes Pollak: Die europäische Energiepolitik: ein magisches Dreieck?

(Wien)

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Frage der Energie war bereits am Beginn der europäischen Integration zentral. Sowohl die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951) als auch EURATOM als Teil der Römischen Verträge 1957 erkannten Energie als lohnendes und logisches Projekt für die Einigung des Kontinents. 60 Jahre und einige Krisen später sind heute nur bescheidene Ansätze einer vergemeinschafteten Energiepolitik festzustellen. Sie bestand im Wesentlichen aus Liberalisierung des Gas- und Elektrizitätsmarkts, um ab dem 21. Jahrhundert die immer wichtiger werdende Problematik der Versorgungssicherheit zu lösen. Die Diversifizierung der Produzenten, der Transportrouten und der Energieform werden am Beispiel Erdgas deutlich. Die europäische Energiepolitik schwankt zwischen dem Wunsch nach Versorgungssicherheit, günstigen Preisen und umweltfreundlicher Produktion – mitunter konkurrierende Ziele, deren Erfüllung zwar auf Europäischer Ratsebene seit Jahren angestrebt, aber in national strategisch überholtem Denken unterlaufen wird. Lässt die dringend notwendige „Energieaußenpolitik“ der EU weiter auf sich warten? Professor Dr. Johannes Pollak hat seit 2009 einen Lehrstuhl an der Webster University inne und leitet die Abteilung Politikwissenschaft am Institute for Advanced Studies in Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der europäischen Integration, v.a. der Politischen Theorie und Ideengeschichte. Seine vielfältigen Veröffentlichungen drehen sich um Fragen der politischen Repräsentation, die Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie auch um deren Energiepolitik.

<http://www.webster.ac.at/international-relations/dr-johannes-pollak>

<http://www.eif.oeaw.ac.at/pollak/publikationen.php>

Pollak beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass er nicht über die sog. „alternativen“ Energien sprechen wird, sondern über die „klassischen“ fossilen Energieressourcen Öl, Kohle und Gas. Auch in diesem Rahmen sei Energiepolitik ein weites Feld, das alle Menschen betreffe. Aus diesem Grund nehmen auch die Regierungen erheblichen Einfluss auf den Energiemarkt, wobei die Entscheidungen eines Landes hier erhebliche Auswirkungen auf die energiepolitischen Entwicklungen in anderen Ländern haben können. Das „magische Dreieck“, nach dem Pollak seinen Vortrag betitelt, umschließt die Eckpunkte „konstante Versorgung“ – „leistbarer Preis“ und „Umweltschutz“.

Im Folgenden skizziert der Redner vier geschichtliche Phasen der Energiepolitik:

- 1950-70: Wiederaufbau und Grundsicherung
- 1970-86: Abhängigkeit
- 1991-97: Deregulierung
- 2001-10: Bedarfsicherung

1. Zu Beginn spielten alternative Energien noch weniger eine Rolle als heute. „Umwelt hat keine Lobby“, konstatiert Pollak nüchtern und erklärt, dass nur dann in alternative Energien investiert werde, wenn die Ölpreise entsprechend hoch sind.

In den fünfziger Jahren wurde die Energieversorgung zunächst mittels Kohlekraftwerken sichergestellt. Bald schon zeigte sich jedoch, dass die inländische Kohle sich mittelfristig weder gegenüber ausländischer Kohle noch gegen Öl würde behaupten können. Die Förderung wurde daher gedrosselt. Gleichwohl wird die inländische Kohle, an deren Förderung Arbeitsplätze gekoppelt sind, nach wie vor subventioniert: Zur Zeit belaufe sich die Subvention der Ruhrkohle noch auf zwei Milliarden Euro jährlich. Noch immer speisen Kohlekraftwerke einen nicht unerheblichen Anteil des Energiebedarfs in das deutsche Netz. Pollak nennt die Subventionen ein „teures Hobby“, das wirtschaftlich und umweltpolitisch eigentlich nicht mehr vertretbar sei.

Es begann die Ära der Atomkraftwerke. Zunächst entbrannte ein Streit um das Reaktormodell. Frankreich favorisierte ein Modell eigener Entwicklung, das mit Uran aus den französischen Kolonien betrieben werden konnte, die USA waren jedoch bestrebt, ihre Reaktoren in Europa zu verkaufen – und setzte sich durch. De Gaulle wetterte damals, dass das französische Nachgeben in diesem Punkt „schändlich“ gewesen sei, wollte er doch Frankreich zu einer strategischen Atommacht ausbauen.

2. Die zweite Phase wurde durch einen rasanten Anstieg des Ölpreises um 70% eingeläutet. Teilweise wurden autofreie Tage eingeführt, und es wurde deutlicher denn je, dass die Frage der Energieversorgung für die Industriestaaten eine strategische war und ist. Sie legten seitdem nationale Energiereserven an, die zwischen 60 und 90 Tagen den Verbrauch in Krisenzeiten sichern können sollen. US-Präsident Nixon plante gar eine Art „Energie-NATO“. 1977 wurde ein gemeinsames Vorgehen der EU-Staaten vereinbart, gerade rechtzeitig vor der zweiten Energiesteuer 1979: Die Ölrechnungen stiegen in diesem Jahr um 40%. Mit mäßigem Erfolg sind die EU-Staaten seitdem um eine Preissteuerung und harmonisierende Energiebestimmungen bemüht.

Im April 1986 kam es zur Katastrophe von Tschernobyl, was ein Umdenken in Bezug auf die Kernenergie in Europa zur Folge hatte. Die Atomkraftgegner erhielten Zulauf. Die Union jedoch reagiert nur wenig: Frühwarnsysteme wurde installiert und Höchstbelastungswerte für Nahrungsmittel festgesetzt. In diese Zeit fällt auch der Beginn der Marktliberalisierung. Wettbewerb wurde erstmals als wichtiger Kontrollmechanismus genannt.

3. Die 90er Jahre sind geprägt von der Deregulierung des Energiemarktes durch Schaffung eines Energie-Binnenmarktes. Auf diese Weise sollte die Versorgungssicherheit gestärkt werden. Ein Effekt war die Rationalisierung der Energiepreisentwicklung. Die EU-Kommission drängte auf die Entkoppelung von Produktion und Transport, doch die nationalen Regierungen blieben skeptisch. Man wollte möglichst billigen Strom und den Erhalt nationaler Energiereserven. Dennoch setzte die Kommission 1989 zwei beratende Ausschüsse ein, deren Beschlüsse freilich auf sich warten ließen. Die Einzelstaaten wollten die Erzeugung aus strategischen Gründen in nationalen Händen behalten, so dass die ersten Bestimmungen nur sehr vage waren.

Neue Bewegung in diesen Prozess brachten die deutsche Einigung sowie der Zerfall der Sowjetunion. 1991 trat die Energie-Charta in Kraft. Russland beteiligte sich zwar an der Umsetzung einiger Beschlüsse, unterzeichnete den Vertrag jedoch nie.

Gleichzeitig wurde der Klimaschutz als immer dringlicheres Problem erkannt. Die Konferenz von Kyoto war nur eine von vielen ähnlichen. In diesem Sinne strebte die EU-Kommission wiederholt danach, eine Energiesteuer einzuführen – vergeblich. Die EU sollte keine Steuerkompetenz erhalten, entschieden die Mitgliedstaaten.

4. Diese Phase könnte man, so Pollak, auch als „Post-Nizza-Phase“ bezeichnen. Sie war anfangs von Energiesparmaßnahmen im Bau- und Verkehrswesen geprägt. Der Vertrag von Nizza hatte noch kein Kapitel mit Bestimmungen zu Energie. Dies war erst dem Vertrag von Lissabon (in Kraft getreten am 01.12.2009) vorbehalten. Hier werden die Sicherstellung der Versorgung, die Entwicklung neuer Energiequellen und anderes behandelt. 2003 werden Emissionszertifikate für CO<sub>2</sub> beschlossen, bei deren Verletzung Geldstrafen zu zahlen sind. Die treibende Kraft hinter der EU-Energiepolitik ist wiederum die Kommission.

Eine wichtige Rolle kommt den geplanten neuen Pipelines zu, die die Energieversorgung Mittel- und Westeuropas sichern sollen.

Abb. entnommen dem Europäischen Energieportal:

[http://www.energy.eu/images/pipelines\\_nabucco\\_nord\\_south\\_stream.gif](http://www.energy.eu/images/pipelines_nabucco_nord_south_stream.gif)

Das Nabucco-Projekt ist hierbei das wichtigste Gasprojekt der EU. Es soll die Versorgung unter Umgehung politisch unzuverlässiger Staaten sichern. Pollak erklärt, dass es ein regelrechtes Rennen um das kaukasische Gas gebe. Am meisten tue sich im Süden, da hier zudem das South-Stream-Projekt verfolgt werde. Doch auch der Nord-Stream ist für Deutschland wichtig, weil es auf diese Weise Gas direkt von Russland beziehen kann (d.h. ohne Transitgebühren an die Ukraine). Andere Bezugsquellen liegen derzeit in Norwegen und Nordafrika, neue in Zentralasien, wobei hier allerdings noch viel Unsicherheit bestehe: Gasquellen lägen beispielsweise im Nordirak, d.h. in den Kurdengebieten des instabilen Landes. Auch sei es leider ein Fakt, dass Nabucco ohne den Iran nicht funktionieren werde. Doch dürfe man nicht außer Acht lassen, dass Nabucco nicht die „Befreiung vom russischen Bären“ bedeute. Die Pipeline würde allenfalls 5% des europäischen Gasbedarfs abdecken.

Eine wie in den Medien oft dargestellte absolute Abhängigkeit Westeuropas von Russland besteht jedoch nicht, so Pollak. Da Gazprom nicht gut wirtschaftete (und die Förderung ständig sinke), bestehe die Abhängigkeit allenfalls auf Gegenseitigkeit. Russland brauche die Einnahmen aus dem Gas dringend und könne es sich nicht leisten, die EU als Kunden zu verprellen. Auch verfüge der Westen nun über Gasreserven. Um diese in Krisenzeiten optimal nutzen zu können, benötigte die EU eigentlich ein gut ausgebautes Binnen-Pipeline-Netz. Dieses ist jedoch bislang nicht vorhanden.

Der Gaskonsum der EU stieg seit 1955 stetig an. Dasselbe gilt für die Gasimporte. Weitere Investitionen in die europäische Energieerzeugung und deren Transfer werden nur über Steuern erfolgen. Hierbei dämpft Pollak Erwartungen, dass die alternativen Energien zukünftig eine größere Rolle spielen werden. Sie seien hierzu nicht effektiv genug.

An den Vortrag zu diesem Thema von breitem Allgemeininteresse schloss sich eine lange Diskussion an, in der Pollak seine Ausführungen zu einigen Aspekten vertiefte und erweiterte.

In Bezug auf die neuen Pipelines zwischen China und Russland meinte der Redner, dass sich diese nicht negativ auf den europäischen Energiemarkt auswirken würden. Der Grund sei wiederum, dass Gazprom nicht über die finanziellen Ressourcen verfüge, den chinesischen Markt so zu bedienen, wie es Russland hinsichtlich seiner Bodenschätze theoretisch tun könnte. Gazprom sei nahezu bankrott.

Zur aktuellen finanziellen Lage von Gazprom erläuterte Pollak, dass Russland seit Ausweisung westlicher Fördergesellschaften aus den Stockmann-Feldern aus eigenen Mitteln die Förderung nicht im gleichen Umfang aufrecht erhalten könne. Nur wenig aus diesen Bereichen kann noch an die finanzstarken westlichen Länder verkauft werden. Krasse Misswirtschaft käme hinzu. „Aber bei 40 Mrd. m<sup>3</sup> Gasreserven bekommt man auch schon einmal Kredit.“

Auf die Frage, ob es nicht ein Risiko sei, Gas zukünftig aus islamischen Ländern zu beziehen, antwortete Pollak beschwichtigend. Er sehe den Energiemarkt nicht ideologisch oder religiös bestimmt, er sei ein „reines Geschäft“.

In der weiteren Diskussion gestand der Redner zwar zu, dass die verantwortlichen Regierungen durchaus wahrnahmen, dass die Umweltproblematik sich verschärfe, und bemerkte, dass jegliche Energieerzeugung Umweltschäden verursache. Methangas würde hier aber auch zukünftig keine Rolle spielen, solange die Gaspreise nicht ins Zehnfache steigen.

Wie bereits in seinem Vortrag angedeutet sieht Pollak voraus, dass der Anteil der Kernenergie künftig wieder steigen werde. Die Nachbarländer bauen vielfach wieder neue Kraftwerke. Deutschland werde sich dem nicht verschließen können.